

Merz und das Wagenknecht-Dilemma der CDU

Zuletzt sorgten Äußerungen von CDU-Chef Friedrich Merz über den Umgang mit der Wagenknecht-Partei im Osten für Verwirrung. Nun hat sich die Union auf eine neue Sprachregelung geeinigt.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Thüringens CDU-Chef und Spitzenkandidat für die Landtagswahl im September, Mario Voigt, ließ noch mal wissen: „Wir Thüringer entscheiden selbst“, so Voigt. Basta. In der Frage einer möglichen Koalition will Voigt keine Weisungen aus Berlin akzeptieren. Das passt zu der neuen Sprachregelung, die sich die Union nach den eher unglücklichen Äußerungen von Parteichef Friedrich Merz über den Umgang mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) gegeben hat. Oder besser: geben musste.

Am vergangenen Montagabend hatte sich Merz in der ARD klar von der Wagenknecht-Partei distanziert. „Wir arbeiten mit solchen rechtsextremen und linksextremen Parteien nicht zusammen“, antwortete er auf die Frage nach einer möglichen Kooperation auf Landesebene, um eine Mehrheit gegen die AfD zu bilden. Im Osten kam das gar nicht gut an, weder bei Voigt, noch bei den Wahlkämpfern in Sachsen und Branden-



Sie sind sich wohl wieder einig, was den Umgang mit der Wagenknecht-Partei angeht: Thüringens CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt (links) und Parteichef Friedrich Merz. FOTO: MARTIN SCHÜTT/DPA

burg. Auch sie haben im Herbst Landtagswahlen vor der Brust. Für Thüringen gelte, so Voigt, dass man stärkste Kraft werden wolle. Daher schaue man als erstes darauf, welche Themen die Menschen bewegen. „Dann führen wir Gespräche darüber, mit wem wir die Probleme gemeinsam lösen können.“ Zweimal „Wir“ - Berlin und Merz bleiben also in Koalitionsfragen außen vor.

Was vielleicht auch besser ist für den CDU-Vorsitzenden. Denn der

Versuch der Einflussnahme, etwa durch eine Reise in den Osten nach einer Landtagswahl, kann politisch gefährlich werden. In der CDU erinnert man sich gut daran, wie 2020 die Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer in Erfurt ihren Thüringer Landesverband auf Linie gegen die AfD bringen wollte. AKK scheiterte – und trat später zurück.

Gleichwohl liegt das CDU-Dilemma im Osten auf der Hand: In Sachsen zum Beispiel könnte nach

der Landtagswahl der „Worst Case“ eintreten, wie es in der Union heißt: CDU, AfD und BSW ziehen in den Landtag ein, die Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP scheitern aber an der Fünf-Prozent-Hürde. Was dann? Zur AfD und zu den Linken gibt es einen Beschluss der Partei, dass nicht kooperiert wird. Zum BSW nicht.

Merz machte daher am Dienstag vor der Fraktionssitzung einen Rückzieher. Er habe über den Bund

gesprochen. Wagenknechts Positionen in der Außen- und Wirtschaftspolitik seien „völlig unvereinbar mit unseren Positionen“. Es gebe keine Überschneidungen mit dieser Gruppierung. „Alles andere werden wir uns dann im Lichte von Wahlergebnissen anzusehen haben“, ergänzte Merz. Die Beruhigungspille für die Parteifreunde in Erfurt, Dresden und Potsdam.

Die damit verbundene Sprachregelung ist nun die: Merz habe mit

INFO

Cyber-Angriff auf CDU: Daten von Merz betroffen

Von dem Anfang Juni bekannt gewordenen Cyber-Angriff auf das Netzwerk der CDU waren nach Parteiangaben auch Daten des Vorsitzenden Friedrich Merz betroffen. Die CDU sei im Zuge der Ermittlungen darüber informiert worden, dass dabei „Daten aus einem Kalender des Parteivorsitzenden abgefloßen sind“, sagte eine CDU-Sprecherin am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur.

seiner ersten Einlassung auf die BSW-Frage „emotional“ reagiert unter dem Eindruck der Europawahl und der Fernseh-Debatte mit Wagenknecht am Sonntagabend. Man wisse gar nicht, für was das BSW in den Ländern „inhaltlich und personell“ stehe. Die Überzeugung von Merz sei aber, dass es auf Bundesebene mit der Wagenknecht-Partei nicht gehe. Bestärkt worden sein soll das durch Fernbleiben der BSW-Abgeordneten bei der Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskyj im Bundestag.

Voigt jedenfalls zeigte sich zufrieden. „Friedrich Merz hat für die Bundesebene gesprochen. Als Thüringer Union führen wir keine Koalitionsdebatten“, so der Landeschef.

Bafög-Höchstsatz steigt von 934 auf 992 Euro

Bafög-Empfänger bekommen mehr Geld und Studienanfänger aus ärmeren Haushalten eine zusätzliche Starthilfe. Kritiker bemängeln, die Erhöhung sei zu niedrig.

BERLIN (dpa) Bedürftige Schüler und Studenten bekommen ab dem neuen Schuljahr und dem kommenden Wintersemester mehr Bafög. Der Bundestag hat am Donnerstag mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP eine entsprechende Reform der Ampel-Koalition verabschiedet. Union, Linke und Bündnis Sahra Wagenknecht stimmten dagegen, die AfD enthielt sich. Studienanfänger aus ärmeren Haushalten sollen der Reform zufolge künftig zudem mit einer sogenannten Studienstarthilfe in Höhe von 1000 Euro unterstützt werden.

Die Ampel-Koalition hatte nach viel Kritik von Sozialverbänden und Studierendenvertretern ihre Bafög-Reform noch einmal geändert und eine Erhöhung der Sätze ergänzt, die im Gesetzentwurf von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) zunächst nicht vorgesehen waren. Die aktuelle Erhöhung wird von Kritikern mit Blick auf hohe Mieten für WG-Zimmer und gestiegene Lebenshal-

tungskosten dennoch als zu niedrig kritisiert. Die Pläne im Einzelnen:

Der sogenannte Grundbedarf für Studierende soll zum Wintersemester von 452 auf 475 steigen, die Wohnpauschale für diejenigen, die

nicht mehr bei den Eltern wohnen, von 360 auf 380 Euro. Zusammen gerechnet gibt es also eine Anhebung von 812 auf 855 Euro. Ältere Studierende, die ihre Krankenversicherung selbst zahlen müssen, weil

sie nicht mehr über die Eltern mitversichert sind, können außerdem aktuell einen Zuschlag von 122 Euro bekommen, der Höchstsatz liegt damit heute bei 934 Euro. Dieser Zuschlag soll ebenfalls steigen, sodass der Höchstsatz künftig bei 992 Euro liegt.

Mit der Reform werden auch die Bafög-Sätze für Schüler angehoben. Für sie soll die Erhöhung bereits ab 1. August zum Beginn des neuen Schuljahres greifen. Nach dem Bundestag muss sich der Bundesrat noch mit der Bafög-Reform befassen, das Vorhaben braucht aber nicht die Zustimmung der Länderkammer. Das Bafög war zuletzt zum Wintersemester 2022/23 um 5,75 Prozent erhöht worden.

1000 Euro sollen Studienanfänger ab dem kommenden Wintersemester bekommen, die unter 25 Jahre alt sind und Bürgergeld beziehen oder in Familien leben, die durch andere staatliche Leistungen wie den Kinderzuschlag oder Wohngeld ihr Einkommen aufbessern müssen. Das

Bundesbildungsministerium rechnet in seinem Gesetzentwurf grob mit etwa 15 000 Anträgen auf diese Studienstarthilfe. Im vergangenen Jahr wurden an deutschen Hochschulen knapp 480 000 Erstsemester gezählt. Die Antragstellung wird voraussichtlich über das Portal „Bafög Digital“ möglich sein, wo auch Bafög online beantragt werden kann.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) wurde seit seiner Einführung 1971 immer wieder reformiert – umgangssprachlich steht der Name des Gesetzes inzwischen für die eigentliche Geldleistung. Aus dem anfangs reinen Zuschuss ohne Rückzahlung wurde später zunächst ein Volldarlehen. Seit 1990 gilt die Regel: Eine Hälfte gibt's geschenkt, die andere muss zurückgezahlt werden.

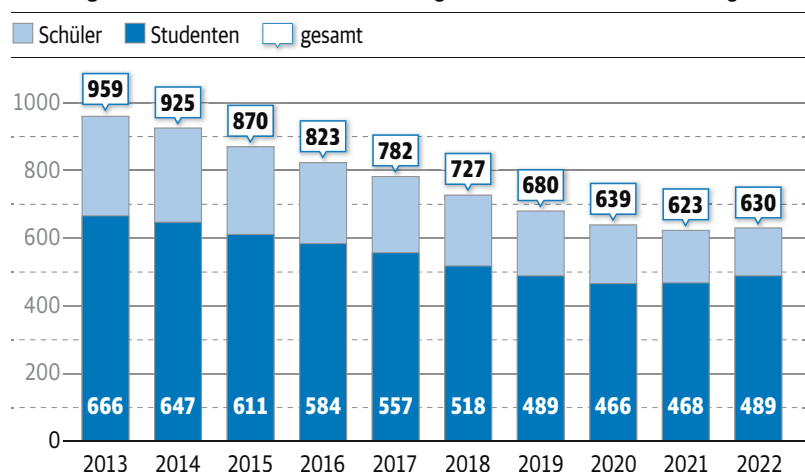
In der Debatte im Bundestag kritisierten Redner der Opposition die Bafög-Erhöhen mit Blick auf deutlich gestiegene Lebenshaltungskosten als zu niedrig. „Den Bürgergeldempfängern geben sie

zwölf Prozent mehr und das sind Ihnen nicht die Studenten wert“, sagte die CSU-Politikerin Daniela Ludwig Richtung Ampel-Parteien. Politiker der Koalition verteidigten die Reform und verwiesen darauf, dass das Bafög in der laufenden Legislaturperiode bereits erhöht wurde und in weiteren Bereichen reformiert wurde. „Wir kümmern uns um das Bafög, wie keine Koalition davor“, sagte der Vorsitzende des Bundestagsbildungsausschusses Kai Gehring (Grüne). Alles zusammen genommen, sei das die größte Bafög-Reform seit über 20 Jahren, sagte der SPD-Bildungspolitiker Oliver Kaczmarek.

Kritisch äußerte sich das Deutsche Studierendenwerk (DSW). „Schade, es wäre mehr möglich gewesen“, sagte der DSW-Vorsitzende Matthias Anbuhl. Er sprach von punktuellen Verbesserungen, die in die richtige Richtung gingen. Insgesamt bliebe die Reform aber hinter einer echten Strukturreform zurück.

Bafög in Deutschland

Zahl der geförderten Schüler und Studenten, Angaben in Tausend Zahlen gerundet



SZ-INFOGRAFIK/Michael Steffen, QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT/DPA

Krawalle wegen Reformpaket in Argentinien

BUENOS AIRES (dpa) Begleitet von heftigen Protesten auf der Straße hat Argentinens Senat ein umstrittenes Reformpaket der ultraliberalen Regierung von Präsident Javier Milei verabschiedet. Das Vorhaben wurde am späten Mittwochabend mit knapper Mehrheit von 37 zu 36 Stimmen angenommen. Ausschlaggebend war die Stimme von Vizepräsidentin Victoria Villarruel, die als Vorsitzende des Senats mit Ja votierte und so ein Patt verhinderte. „Das Präsidialamt feiert die historische Verabschiedung des Gesetzes“, hieß es nach der stundenlangen Debatte in einer Mitteilung von Mileis Büro auf X. Dies sei „ein Sieg des argentinischen Volkes und der erste Schritt zur Wiederherstellung unserer Größe“. Angesichts diverser Änderungen im Gesetzestext geht dieser allerdings nun zurück an die Abgeordnetenkammer.

Produktion dieser Seite:
Martin Wittenmeier
Nico Bollinger

Lindner denkt über Nachtragshaushalt nach

Konjunkturschwäche würde nach Regeln der Schuldenbremse höhere Nettokreditaufnahme erlauben.

KOMMENTAR

Kein dogmatischer Sparfuchs

Ein Nachtragshaushalt für das laufende Jahr wäre eine elegante Möglichkeit für die Ampelkoalition, etwas Luft aus der angespannten Haushaltslage zu lassen. Finanzminister Christian Lindner pocht in den laufenden Etatverhandlungen für 2025 in der Ampel zu Recht auf Haushaltsdisziplin. Aber er ist eben auch kein dogmatischer Sparfuchs, der die Spielräume der Schuldengrenze nicht ausreizen wollte.

In Schwächephasen der Konjunktur lässt die Schuldenbremse mehr neue Schulden zu, und das ist auch gut so. Der Staat kann mit Mehrausgaben einen Teil der Schwäche abfedern. Zudem steigen ohnehin die Sozialausgaben. Die Union unterstellt der Am-

pel, in einem Nachtragshaushalt auch Ausgaben unterbringen zu wollen, die eigentlich erst im kommenden Jahr anstehen. Das wäre im begrenzten Umfang wohl möglich, wäre aber keine Todsünde. In der aufgeheizten politischen Lage sollte auch die Union ihre Verantwortung für politische Stabilität kennen und ihren Teil zu konstruktiven Lösungen in der Haushaltspolitik beitragen.



BIRGIT MARSCHALL

BERLIN (dpa) Das Bundesfinanzministerium hält sich die Möglichkeit eines Nachtragshaushalts für dieses Jahr offen. Eine Sprecherin sagte am Donnerstag in Berlin: „Wir beobachten die Entwicklung der Steuereinnahmen und den Haushaltsvollzug und sind jederzeit bereit zu handeln.“

Die Bild-Zeitung hatte berichtet, die Bundesregierung plane einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr. Unter Berufung auf Koalitionskreise hieß es, das Finanzministerium habe die Haushaltsminister der Koalition über die Pläne vor wenigen Tagen informiert.

Weil die Konjunktur in Deutschland schwächer als erwartet läuft, lässt die Konjunkturkomponente in der Schuldenbremse eine größere Nettokreditaufnahme zu. Dabei könnte es um bis zu elf Milliarden Euro gehen. Bisher ist für das laufende Jahr im Rahmen der Schuldenbremse eine Nettokreditaufnahme von insgesamt 39 Milliarden

Euro geplant.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase, sagte der „Bild“-Zeitung, ein Nachtragshaushalt diene lediglich als Rettungsanker für den Fortbestand der Koalition. „Wir werden im Nachtragshaushalt 2024 Maßnahmen finden, die eigentlich im Haushalt 2025 abgebildet werden sollten.“ Wenn ein Nachtragshaushalt kommen sollte, müsse klar sein, dass die Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche dienen müssten.

Über den Bundeshaushalt 2025 gibt es angesichts von Milliardenlöchern schwierige Verhandlungen in der Bundesregierung. Finanzminister Christian Lindner (FDP) pocht darauf, dass Ressorts Sparvorgaben umsetzen und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten wird. Diese sieht neue Schulden nur in einem begrenzten Umfang vor. Anfang Juli soll das Kabinett den Haushalt beschließen.

Krieg in Nahost fordert deutsche Justiz und Polizei

BERLIN/MANNHEIM (dpa) Die inzwischen bundesweit weit über 2000 Ermittlungsverfahren zu Delikten im Kontext des Nahost-Konflikts stellen Polizei und Justiz vor große Herausforderungen. Das liegt auch daran, dass die Strafbarkeit einzelner Parolen, die bei Demonstrationen zu hören oder auf Transparenten zu lesen sind, nicht überall gleich bewertet wird. Wie eine Umfrage in den Justizministerien der Länder ergab, wurde seit dem terroristischen Überfall der Hamas in Israel am 7. Oktober in einigen Dutzend Fällen mit Bezug zum Nahost-Konflikt Anklage erhoben beziehungsweise ein Strafbefehl beantragt. Rechtskräftige Verurteilungen liegen bisher nur vereinzelt vor.

In Berlin wurden bisher insgesamt drei Angeklagte zu Geldstrafen verurteilt. Ein Demonstrant erhielt im November unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte eine Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung.